

vorwärts!

Wir in Schleswig-Holstein



Der neue SGK-Landesvorstand: Ingo Degner, Angelika Hansen-Siebels, Bernd Biemann, Sybille Hahn, Andreas Breitner, Heike Treffan, Jan Willi Degen, Dr. Harald Freter, Dieter Juhls, Karsten Reimer.

Andreas Breitner leitet die Landes-SKG

Zum neuen Landesvorsitzenden der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) Schleswig-Holstein wurde am 21. Oktober von der Landesmitgliederversammlung in Itzehoe Andreas Breitner (38) aus Rendsburg gewählt.

Er folgt damit der Elmshorner Bürgermeisterin Dr. Brigitte Fronzek, die dieses Amt vier Jahre bekleidete. Der neue Landesvorsitzende ist Bürgermeister der Stadt Rendsburg und verfügt über langjährige Erfahrung als ehrenamtlicher Kommunalpolitiker. ■

Reformfreudige Kommunalpolitik

Die sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) in Schleswig-Holstein ist bei der Gestaltung der Verwaltungsreform auf der Höhe der Diskussion.

Die SGK Schleswig-Holstein unterstützt Innenminister Ralf Stegner bei seinen Plänen zur Verwaltungsreform. Die Mitgliederversammlung am 21. Oktober in Itzehoe beriet eine Resolution zu diesem kommunalpolitischen Kernthema.

Es gäbe keine Alternative zu einer kommunalen Verwaltungsstrukturreform, so Ralf Stegner in seinem Referat. Diese Einsicht bestehe mittlerweile überall. Dabei gehe es nicht um eine Gebietsreform. Verwaltungen, die nicht mehr zukunftsfähig

seien, sollen zusammengelegt werden.

Auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte werden vier bis fünf kommunale Verwaltungsregionen gebildet. „Gerade weil wir uns das Ziel gesetzt haben, rechtzeitig vor der Kommu-

nalwahl 2008 die Reform abgeschlossen zu haben, müssen wir uns schon heute auf allen Ebenen bewegen, auch in den Gemeinden“, so der Minister.

Für die Zusammenarbeit der Verwaltungen der Ämter und amtsfreien Gemeinden

sollen die tatsächlichen Verflechtungen berücksichtigt werden.

Für jede Verwaltung, die wegfällt, gibt es 250 000 Euro Fördergeld als Anreiz – aber nur noch in der jetzigen Phase freiwilliger Zusammenschlüsse. ■

Ralf Stegner: »Rückenwind für die Kommunalwahl 2008«

Innenminister Dr. Ralf Stegner treibt die Verwaltungsreform engagiert voran.

Wir in Schleswig-Holstein: Die Verwaltung in Schleswig-Holstein soll neu aufgestellt werden. Was werden Staat und Bürger davon haben?

Ralf Stegner: Mein Ziel ist, den Bürgerinnen und Bürgern optimale Verwaltungsdienstleistungen zu gewährleisten. Wir schaffen Verwaltungen, die sowohl bürgernah sind als auch professionell und wirtschaftlich arbeiten. Doppelzuständigkeiten zwischen Land und Kommunen soll es zukünftig nicht mehr geben. Soweit wie möglich werden

wir Aufgaben auf die kommunale Ebene verlagern. Wir prüfen zunächst für die Landesebene, welche Aufgaben vollständig wegfallen können und entscheiden dann was verlagert werden kann. Die Landesverwaltung wird sich auf ministerielle Aufgaben beschränken. Der staatliche Aufgabenvollzug kommt unter Wahrung der Konnexität in kommunale Zuständigkeit.

Peter-Harry Carstensen musste in seiner Partei gerade ein „Machtwort“ sprechen. Droht die Reform am Koalitionspartner zu scheitern?

Der schwarze Koalitionspartner ist tatsächlich nicht so geschlossen wie die SPD in dieser Sache. Diesem Konflikt musste der Ministerpräsident in seiner Partei entgegenreten. Er unterstützt das

Konzept des sozialdemokratischen Innenministers. Wir Handeln klar und entschlossen auf allen Ebenen. Über eine mangelnde Zusammenarbeit in dieser Frage kann ich mich nicht beklagen.

Die Wirtschaft drängt auf eine Neuordnung. Wo sitzen die Blockierer?

Ich freue mich, wenn auch die Unternehmensverbände die Modernisierung der Verwaltungsstrukturen unterstützen. Auch viele Bürgerinnen und Bürger sehen die Notwendigkeit der Neuordnung der Verwaltungen. Schwierigkeiten mit der Verwaltungsstrukturreform haben nurein-

zelne Verbandsvertreter aus dem kommunalen Bereich und manche Kommunalpolitiker, die sich um ihre eigene berufliche Zukunft sorgen.

Was wird sich in der neuen Struktur für die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker ändern?



Innenminister Dr. Ralf Stegner

Auch an dieser Stelle noch mal klar und deutlich: Eine Gebietsreform von oben ist nicht vorgesehen. Das heißt, das Ehrenamt ist nicht gefährdet. Im Gegenteil, wenn die Verwaltung insgesamt preiswerter wird, haben Kommunalpolitiker künftig mehr Chancen für politische Gestaltung.

Damit werden Mittel frei, um sie in Schulen, Kindergärten, Vereinen oder die Feuerwehr zu investieren. Die kommunale Verwaltungsstrukturreform stärkt damit das Ehrenamt und eröffnet neue Gestaltungsspielräume für bürgernahe Politik.

Welche Auswirkungen wird diese Reform auf die Kommunalwahl 2008 haben?

Da in der Regel nur Verwaltungsposten und nicht politische Mandate wegfallen, sehe ich gute Chancen, stärker sozialdemokratische Akzente im ganzen Land zu setzen und die Scharte von 2003 auszuweiten. Wenn wir als Reformmotor in der Regierung in Kiel wahrgenommen werden und unser sozialdemokratisches Profil schärfen, dann gibt uns das auch Rückenwind für die Kommunalwahlen 2008. ■

Termine

11. November, 18 Uhr
Kreisverband Pinneberg, Mitgliederversammlung: Die SPD vor der großen Koalition? Elmshorn, SportPlanet

19. November, 10 Uhr
Kreisverband Flensburg, ordentlicher Kreisparteitag mit Wahlen zum Kreisvorstand.

20. November, 11 Uhr
Verleihung des Walter-Damm-Preises 2005 des SPD-Kreisverbandes Pinneberg. Appen, Bürgerhaus.

25. November, 17 Uhr
100 Jahre Ortsverein Bredstedt-Breklum, „Herrengabe“.

Seminare

18. bis 20. November
Neumitglieder-Seminar in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Bad Malente

Anmeldung: SPD-Landesverband, Elfriede Marx, 04 31/9 06 06-46, Elfriede.Marx@spd.de

Starke Impulse aus dem Norden

Die Landesgruppe im Bundestag nimmt ihre Arbeit auf.

Die Landesgruppe der SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein hat sich nach der Wahl neu konstituiert. Dr. Ernst Dieter Rossmann (Wahlkreis



Dr. Ernst Dieter Rossmann.

Pinneberg) wurde in seiner Funktion als Landesgruppensprecher einstimmig bestätigt. Als stellvertretende Sprecherin löst die Lübecker Abgeordnete Gabriele Hiller-Ohm Dr. Michael Bürsch ab, der nicht wieder kandidierte. Als Kassenwart fungiert Sönke Rix.

Die Landesgruppe hat einstimmig einen Forderungskatalog beschlossen, in dem für die anstehenden

Koalitionsverhandlungen die speziellen Anliegen für das Land Schleswig-Holstein aus der Sicht der Landesgruppe zusammengestellt sind. Die wichtigsten Forderungen: Stärkung der maritimen Wirtschaft, Beibehaltung des Atomausstiegs und Förderung

alternativer Energien, Beibehaltung des Küstenschutzes und der Agrarstruktur als Gemeinschaftsaufgabe, Erhalt der Entfernungspauschale in ihrer jetzigen Form, Finanzierung des Röntgenlasers bei DESY Hamburg und Sicherung der Minderheitenförderung.

Auch Forderung nach einer nationalen Küstenwache wollten die SPD-Abgeordneten wieder ins Ge-

spräch bringen. Ernst Dieter Rossmann: „Erste deutliche Fortschritte hat es in der SPD/Grünen-Regierungszeit schon gegeben. Jetzt muss es gelingen, auf diesem Wege noch weiter voran zu kommen und auch Länder wie Niedersachsen unter den neuen Vorzeichen mit ins Boot zu nehmen.“ ■

Geschäftsstelle Stormarn ist umgezogen

Seit dem 1. November ist die Geschäftsstelle des SPD-Kreisverbandes Stormarn unter einer neuen Anschrift zu erreichen: SPD-Kreisverband Stormarn Kreisgeschäftsstelle Kurparkallee 2 23843 Bad Oldesloe Tel.: 0 45 31 / 18 83 65 Fax: 0 45 31 / 18 83 66

Stichwahl im Kreis Plön



Dr. Henning Höppner tritt im Kreis Plön zur Landratswahl an.

Die Landratswahl im Kreis Plön ist noch nicht entschieden. SPD-Landratskandidat Dr. Henning Höppner geht am 13. November in den zweiten und entscheidenden Wahlgang. Der 56-jährige Verwaltungsbeamte und jetzige Landtagsabgeordnete tritt nun direkt gegen den Amtsinhaber an. Zwei weitere Kandidaten, darunter der CDU-Kreisvorsitzende, waren im ersten Wahlgang am 23. Oktober gescheitert. ■

Stark im Norden: 2008!

Landesvorstand, Landtagsfraktion und Kabinettsmitglieder berieten auf einer Klausurtagung über politische Strategien für Schleswig-Holstein.

Am 29. Oktober hat sich der SPD-Landesvorstand mit den Spitzen der Landtagsfraktion und den roten Kabinettsmitgliedern zu einer

lysierten vorab gemeinsam mit den Leitern des Meinungsforschungsinstituts Infratest Sozialforschung die politische Ausgangslage.

tigkeit wurde als zentraler Handlungsauftrag durch die Ergebnisse der Meinungsforschung bestätigt.

kommunalpolitische Kraft werden. Dieser Wahlerfolg setze die Weiterentwicklung einer lebendigeren, moderneren und stärkeren Parteiorganisation voraus, stellte der Landesvorstand fest.

Arbeitsaufträge für Projektgruppen

Um das inhaltliche Kernprofil der SPD bis zur Kommunalwahl weiter zu schärfen, hat der Landesvorstand vier Projektgruppen eingerichtet, deren Ergebnisse im Januar und April 2006 in der Partei zur Diskussion gestellt werden. Inhaltlich werden sich diese Gruppen mit den Themen Verwaltungsstrukturreform, Bildungspolitik, Arbeit und Ausbildung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf befassen.

Drei weitere Projektgruppen werden bis März 2006 Vorschläge erarbeiten, wie die Parteiarbeit auf allen Ebenen attraktiver gemacht, die Organisation der Partei gestärkt und die Finanzen der Partei verbessert werden können.

Auch soll ein Personalentwicklungskonzept für die Kommunalwahl erarbeitet werden. Mit Blick auf die Wahlen 2009 und 2010 (Eu-

**Mitmachen:
Ideen sind
gefragt**

Projektbüro »Stark im Norden: 2008!«

Eure Ideen, Vorschläge, Anregungen an das Projektbüro:

Nina Thielscher

Tel.: 0431-90606-28

Fax: 0431-90606-21

E-mail: Partei2008@spd-sh.de

ropa-, Bundestags- und Landtagswahlen) werden drei weitere Projektgruppen die Erweiterung und Schärfung des Profils der Partei erörtern.

Breite Beteiligung der Basis

Der Landesvorstand und die übrigen Teilnehmer der Tagung vereinbarten zudem eine breite Beteiligung der Partei im gesamten Erneuerungsprozess der Partei. Um die Kommunikation über alle Ebenen und Projektgruppen hinweg sicherzustellen, wurde im Landesverband ein Projektbüro eingerichtet. Anregungen und Ideen aller Art können jederzeit direkt an das Projektbüro gegeben werden. ■



Ralf Stegner, Gitta Trauernicht, Detlef Buder, Ute Erdsiek-Rave und Claus Möller sehen gute Perspektiven für sozialdemokratische Politik in Schleswig-Holstein.

Strategietagung getroffen. Es ging um die inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung unserer Partei.

Partei der sozialen Gerechtigkeit

Die rund 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ana-

Die Situation, dass die SPD sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene in großen Koalitionen gebunden ist, stelle sich als neue Herausforderung dar.

Die Schärfung des sozialdemokratischen Profils als Partei der sozialen Gerech-

Kommunalwahl 2008 gewinnen!

Als erstes großes Ziel wurde die Beendigung der Dominanz der CDU in den Kreisen, Städten und Gemeinden des Landes formuliert – bei der Kommunalwahl 2008 müsse die SPD wieder stärkste

Der »rote Faden« motiviert

Seit Juli hat die SPD in Schleswig-Holstein über 300 neue Mitglieder gewonnen – darunter viele junge Menschen.

„Unser roter Faden der sozialen Gerechtigkeit hat viele Menschen und besonders junge Leute überzeugt“, sagt Heiner Köncke aus Norderstedt. Der Ortsvereinsvorsitzende konnte seit Jahresmitte bereits zwölf Neueintritte begrüßen. Der größte Ortsverein im Landes kann damit auch den größten Mitgliederzuwachs vorweisen.

Die Neuen werden alle persönlich angesprochen. Fast alle haben bereits eine der wöchentlich stattfin-

denden Vorstandssitzungen besucht.

Gezielt angesprochen

Doch auch kleinere Ortsvereine können beachtliche Erfolge verbuchen. Die Genossinnen und Genossen in Stapel (Kreis Schleswig-Flensburg) haben sechs Zugänge zu verzeichnen – bezogen auf die Zahl von 39 Mitgliedern das Spitzenergebnis zwischen den Meeren. „Wir haben Leute gezielt angesprochen“, erläutern Vorsitzender Erwin Meyer

und sein Stellvertreter Thies Thomsen ihr Erfolgsrezept. Im Dorf könne man gut einschätzen, wer welche politische Einstellung mitbringt. Für das nächste Jahr planen sie eine neue Werbeaktion.

Auffallend viele junge Leute finden den Weg zur SPD. 60 Prozent der Neueintritte sind im „Jusos-Alter“ bis 35 Jahre, jeder Sechste ist unter 18.

Der Landesverband plant zusätzliche Seminare für neue Mitglieder im nächsten Jahr. ■



Heiner Köncke (links), Ortsvereinsvorsitzender in Norderstedt überbringt Neumitglied Sebastian Bolzmann persönlich das Parteibuch.

Juristen: Identität in neuer Rolle

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ) Schleswig-Holstein will auch in Zeiten der großen Koalition in Land und Bund innen- und rechtspolitischen Themen besetzen. „So helfen wir, die sozialdemokratische Identität auch in neuer Rolle zu bewahren“, erklärte ASJ-Landesvorsitzender Falk Stadelmann nach der ordentlichen Landeskon-

ferenz der Arbeitsgemeinschaft am 28. September. Der Verwaltungsjurist wurde mit großer Mehrheit im Amt bestätigt.

Der Staatssekretär im Innenministerium Ulrich Lorenz erläuterte neben der Verwaltungsstrukturreform die im Koalitionsvertrag von CDU und SPD vereinbarten Änderungen des Landespolizei-rechtes. ■

Pinneberg und Segeberg kooperieren

Die Kreisverbände Pinneberg und Segeberg haben ein Kooperationsabkommen geschlossen. Die Geschäftsstellen in Pinneberg und Norderstedt werden künftig von den „Hauptamtlichen“ Martina Rahnenführer und Dietrich Drescher gemeinsam im Team betreut. ■

Personalie

Am 13. Oktober wurde **Anke Kolb**, Sachbearbeiterin in der Geschäftsstelle des SPD-Kreisverbands Segeberg, in den Ruhestand verabschiedet. Seit über 20 Jahren hatte sie das Büro in Norderstedt geführt. „Für den Kreisverband Segeberg geht eine Ära zu Ende“, so Kreisvorsitzender Andreas Beran. ■

Vorstandswahl im Lauenburgischen



Gewählt im Herzogtum Lauenburg (von links): Frank Schwerin, Gitta Neemann-Güntner, Michael Grönheim, Olaf Schulze, Claudia Preuß-Boehart, Jürgen Holst.

Auf seinem ordentlichen Kreisparteitag hat der Kreisverband Lauenburg am 22. Oktober in Breitenfelde die Kreisvorsitzende Claudia Preuß-Boehart im Amt bestätigt. Gitta Neemann-Güntner, Olaf Schulze und Wolfgang Warmer sind ihre Stellvertreter. Frank Schwerin (Pressereferent), Michael Grönheim (Schriftführer), Jürgen Holst (Schatzmeister) und sechs Beisitzerinnen und Beisitzer komplettieren den Vorstand. ■

Frauenkonferenz tagte in Lübeck

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) begrüßt das Einlenken der Landesregierung bei der Zahl der Gleichstellungsbeauftragten. Die Landesregierung hatte geplant, solche Stellen erst bei einer Einwohnerzahl ab 15 000 vorzuschreiben.

Die Landeskonferenz der AsF, die am 25. September

im Lübecker DrägerForum stattfand, folgte einstimmig einem entsprechenden Antrag des Lübecker Kreisverbandes. „Die Heraufsetzung der EinwohnerInnengrenze für die Bestellung einer hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten ist kein Selbstzweck, sondern hat im Paket mit anderen Teilen der anstehenden Verwal-

tungsstrukturreform zu erfolgen“, erklärte hierzu die Lübecker AsF-Vorsitzende Cornelia Östreich.

Hauptrednerin der Veranstaltung zum Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ war Landesministerin Gitta Trauernicht. Frauenpolitik dürfe nicht in Familienpolitik aufgehen, so die Ministerin. ■